

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Zeitungsdirektor: **Walther**, haldmonatlich 1 Mart einbleiblich Bringerin, bei Selbstabholung 10 Mart. Gehtent wöchentlich, jedoch und zwar mittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Zeitungsagenturen entgegen genommen. Redaktion: Halberstadt, Domplatz 43, Fernruf 2314. Beteiligte Agenturen entgegen genommen. Vertrieb: G. m. b. H., Fernruf 1011, für Vertrieb: G. m. b. H., Fernruf 1011, für den Bezirk: G. m. b. H., Fernruf 1011, für den Bezirk: G. m. b. H., Fernruf 1011.

Zeitungsdirektor: **Walther**, haldmonatlich 1 Mart einbleiblich Bringerin, bei Selbstabholung 10 Mart. Gehtent wöchentlich, jedoch und zwar mittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Zeitungsagenturen entgegen genommen. Redaktion: Halberstadt, Domplatz 43, Fernruf 2314. Beteiligte Agenturen entgegen genommen. Vertrieb: G. m. b. H., Fernruf 1011, für Vertrieb: G. m. b. H., Fernruf 1011, für den Bezirk: G. m. b. H., Fernruf 1011.

Nr. 140.

Sonnabend, 18. Juni 1927.

2. Jahrgang.

Zollpläne des Bürgerblocks.

Die Regierungsparteien haben sich am Donnerstag in zwei Sitzungen mit der Beratung des am 30. Juni ablaufenden Zollgesetzes und der Erhöhung einzelner Abgaben dieses Gesetzes befaßt. Der Ausfall der Beratungen wurde offiziell nicht bekanntgegeben, aber es scheint, daß man sich über die Zollvoranschläge geeinigt hat. Diese Einigung trägt nach unseren Informationen alle Merkmale eines Kompromisses, ohne daß die agrarischen Forderungen unbedeutendlicher sind als vorher.

Angehängte des Sturms der Entzifferung, der durch die breiten Volksschichten ging, scheint man immerhin von der Forderung auf Abschaffung des Zollgesetzes abstehen zu wollen. Man will aber die Verbesserung der Bevölkerung mit fester Feinsinnigkeit als bisher gehalten; denn hat das Getreidesteuergesetz die Preise der Getreidearten, besonders die Preise für Speise, im Durchschnitt um rund 12 Mart erhöht werden. Der Kartoffelpreis will man nicht auf 2 Mart, sondern auf 1 Mart erhöhen. Der ermäßigte Satz macht aber immer noch eine 10prozentige Erhöhung des augenblicklichen Satzes aus und dürfte in der Praxis hinsichtlich der Volksernährung ebenso schädlich wirken wie der 2-Mart-Geh. Als Gegenleistung hat man den Agrarier die Erhöhung des Weizenpreises um 0,50 Mart auf 5,50 Mart ausbedungen. Dem selbst hat man sich angelehnt der gegenwärtigen Getreidepreise in Deutschland und eine feste Summe, wenn es sich selbstverständlich, daß der erhöhte Weizenpreis, auch wenn er erst im Oktober in Kraft tritt, sich schon jetzt durch einen gesteigerten Preis auswirkt.

Die ganzen Zollpläne der Regierung haben jedenfalls von ihrer Gesichtspunkte für die Ernährung des deutschen Volkes durch diese neuen Vorschriften nichts verloren.

Die Deutschnationalen sind jetzt dabei, durch eine neue Methode des Schutzschutzes den Zoll für ihre „Marken“ auf „Steuer“ auf Kosten des Volkes einzuführen. Was unter dieser noch 2 Jahren am Ende nach dem Dames-Umsatz der Deutschnationalen „rückwärts“ wieder begeben, findet im Geiste des Bürgerblocks jetzt seine weitere Ergänzung.

Am Hofjuni 1925 führte die Außenregierung im Rahmen der sogenannten letzten Zolltarifnovelle wieder die Einfuhr der meisten landwirtschaftlichen Produkte nach Deutschland ein. Diese Zölle waren seit August 1914 infolge des Krieges und der Inflation aufgehoben. Ein eigentlicher Grund für die Wiedererhöhung der Zollsperrungen war nicht vorhanden. Die Agrarier, die sich besonders im Jahre 1924 in Deutschland ausübte, vor im Zusammenhang mit der abfallenden Agrarpreise in der Welt beendete. Die Getreidepreise stieften im Jahre 1925 trotz einer außergewöhnlich guten Ernte tief in die Höhe und schossen bald über den Friedensstand hinaus. Auch der bei Inflationen zu beobachtende Druck auf die Viehpreise war einer starken Preissteigerung gewichen. Die gegenüber der Kriegszeit gestiegenen Zölle ließen also auf eine Belastung des Volkseinkommens durch die Einfuhr von Getreide und Vieh zu denken. Die Agrarier hatten die kleine Zolltarifnovelle, insbesondere aber die Wiedereinführung der Agrarzölle, nur ein Argument ins Feld führen. Es behauptete nämlich, daß übersteigerten Agrarzoll notwendig zu haben, um in den kommenden Handelsvertragsverhandlungen die anderen Länder, meistens Agrarländer, zu Zugeständnissen zu Gunsten der Einfuhr deutscher Anbauprodukte zu zwingen.

Anschließend sind fast zwei Jahre vergangen. Wir haben mit allen möglichen Ländern Handelsvertragsverhandlungen geführt und Handelsverträge nach vorläufigen Handelsabkommen abgeschlossen. In keinem Falle konnte aber festgestellt werden, daß die deutsche Handelsdelegation auch nur den Versuch gemacht hat, die übersteigerten deutschen Agrarzölle zu senken, um von der gegnerischen Seite Handelszugeständnisse herauszuholen. Die deutsche Regierung hat im Laufe der hinter uns liegenden Handelsvertragsverhandlungen den früher von ihr behaupteten Kompensationsmaxime der übersteigerten Agrarzölle unbedeutend gelassen. Stattdes brauchte sie es fertig, auf dem Herrn über die Preisbegünstigung den Einfuhrzoll für verarbeitete Agrarprodukte weiter zu erhöhen, z. B. in deutsch-schwedischen Vertrag und in deutsch-französischen Zugabkommen. Die gegenwärtige Preissteigerung der Agrarpreise hat überhaupt die Masse völlig fallen gelassen. Sie will das Abkommen vom Hofjuni 1925 bis 1930 mit der Bestimmung verlängern, daß die Agrarzölle, z. B. der Zoll auf Karthoffeln, Getreide und Speise, weiter erhöht werden sollen. Sie erklärt offen, daß sie damit den Zweck verfolgt, die Agrarpreise weiter zu erhöhen, um die deutsche Landwirtschaft in die Lage zu versetzen, die Rationalisierung, das sogenannte Intenzivierungsprogramm, durchzuführen.

Die Sozialdemokratie hat seit Jahren die Rationalisierung in der deutschen Landwirtschaft gefordert. Diese Einstellung ist mit ihrem Programm gegeben. Durch Zoll kann man jedoch nur die Bevölkerung verteuern, die Produktion aber nicht fördern. Die Intensivierung, die Mehrumschlössung des Bodens, erhöht Zölle und Handelszölle mit dem Ergebnis, daß die Produktion gesteigert und die Lebenshaltung verbessert wird. Dem Weg der Intensivierung ist z. B. der deutsche Gemüsebau gegangen. Er verdiente auf einen überhöhten Zoll, der uns mit einem unferen

wichtigsten Absatzländer und zwar Holland, in Handelskonflikt gebracht hätte und hätte mit verfallenen Krediten die Umstellung auf eine größere Versorgung des deutschen Marktes mit Erfolg ein. Angehängte der Pläne der Regierung, die Rationalisierung in der Landwirtschaft durch erhöhte landwirtschaftliche Preise, durch eine verteilte Lebenshaltung zu finanzieren, erhebt sich die Frage, wieviel Zeit man der Landwirtschaft für die notwendige Umstellung lassen will und ob die deutsche Landwirtschaft überhaupt gewillt ist, die Rationalisierung durchzuführen.

Das Beispiel aus der Vergangenheit ist nur geeignet, alle aufzunehmenden Bedenken zu bekräftigen. Die Inflation führte z. B. die Finanzkraft der Landwirtschaft in größtem Ausmaß, da der Verkauf landwirtschaftlicher Produkte in der Zeit der Geldentwertung zu einem außerordentlichen Preissteigerungsanstieg wurde. Die der Landwirtschaft aufzubringenden Gelder wurden aber nicht zur Rationalisierung verwendet, obwohl man sich damals über die Notwendigkeit eines derartigen Schrittes in weiten Kreisen klar war. Es ist Tatsache, daß in dieser Zeit der deutsche Boden zu einem guten Teil veräußert, nicht weil kein Pflanzphosphor zu kaufen war, sondern weil der Bauer die Schwere kannte. Nach Wiederholung der Agrarpreise im Jahre 1924 und nach Wiedereröffnung der Agrarpreise infolge der Agrarpreisbildung eine neue Stärkung der agrarischen Finanzkraft ein. Doch ist sehr weit gegangen, bewillt die Zunahme der Sparräder in rein agrarischen Gegenden und die Depotentwicklung solcher Banken, die auf rein agrarische Kredite angewiesen sind. Die landwirtschaftlichen Maschinenfabriken haben trotz weitgehender Zahlungserschwerden mit Hilfe staatlicher Mittel weniger davon profitiert. Die notwendige Mechanisierung der deutschen Landwirtschaft immer noch in den Anfängen und auch in den Jahren der Getreidehochpreis und der finanziellen Überforderung hat die faun vorwärts gemacht. Der Kapital aus den guten Wägen der Landwirtschaft dürfte unter diesem Innstaus auch dieses Mal nutzlos bleiben. Das Agrarieramt wird unter Einfluß beispielsweise hoher Getreidepreise und einer steigenden Agrarpreise die Notwendigkeit zur Rationalisierung abermals vorleben und die neuen Gegebenheiten, der sich in der Verlängerung der übersteigerten Agrarzölle ausdrückt, als guten Profit einbringen.

Man sieht die deutsche Anbauer wirtschaftlich sehr schnell umfallen, in wurde sie durch die Konturen, insbesondere durch die amerikanische, auf dem Weltmarkt dazu gezwungen. Bei der Landwirtschaft liegen die Dinge wesentlich anders. Sie braucht nicht zu exportieren und hat den heimischen Markt durch Zollmaßnahmen genügend geschützt. Wir befürchten, daß das Opfer, das man den breiten Massen in gesteigerten Zöllen und einer verteilten Lebenshaltung zu Gunsten des Rationalisierungsprozesses in der Landwirtschaft zumutet, unbillig verpufft. Somit aber die Rationalisierung durchgeführt wird, wird es gehen wie in der Industrie. Die Massen bezahle den Rationalisierungsprozess. Dieser Prozess steht aber mit der Produktivität der landwirtschaftlichen Unternehmern und nicht einer Senkung der Agrarpreise, der Erhöhung des Lebensstandards, zugute kommen.

Genf ohne Resultat.

Neute fol die Ratstagung des Völkerbundes zu Ende gehen. Die letzten Arbeiten sind bereits erledigt. An der gestrigen Sitzung wurde noch der:

Bericht über die Weltwirtschaftskongress
entgegengenommen. Den Stresemann erstellte und dabei betonte, daß die Weltwirtschaftskongress sich für den Grundstock ausgeprochen habe, den internationalen Handel von allen künftigen Schranken und Hindernissen frei zu machen und zwar ganz besondere, was die Einfuhr aller hoher Zölle betrifft. Stresemann erklärte gleichzeitig die Zustimmung seiner Regierung für diese Auffassung, obwohl die Handlungen der Reichsregierung in Berlin genau das Gegenteil bedeuerten. (Siehe den heutigen Vortragsbericht.) Eine niedrige Angelegenheit, die Stresemann zur Frage der Weltwirtschaftskongress vorlegte, wurde mit geringfügigen Änderungen angenommen.

Nachdem die Abrüstungskongress, deren Bericht auch vom Völkerbundrat genehmigt werden muß, so vollkommen verjagt hat, war das Arbeitspensum der letzten Ratstagung damit eigentlich schon gessen erledigt. Das einzige Vorlage ist eigentlich nur der gestern mitgeteilte Bericht, über die:

Eingetel aller Coconco-Minister, den Vertrag von Coconco
auch für die Zukunft mit abzuheben zu lassen. Aber das war ja schließlich eine billige Selbstverpflichtung. In keinem Augenblicke ist die Rede davon gewesen, etwa die Coconcoverträge aufzugeben.

Die gestrige Meldung Berliner Blätter, daß eine **Verniedrigung der rheinischen Befestigungsgruppen um 15 000 Mann** eintrifft, hat sich als verüßlich herausgestellt. Ueber eine Verminderung der Befestigungsgruppen, ist gar nicht gesprochen worden. Gestern hieß es, daß der preussische Staatssecretär **Reichs** mann nach Genf berufen werden solle, um über Befestigungs- und

Fürstenabfindungs-Sperrgesetz.

Verlängerung oder nicht? — Was wird mit dem „Landesherren“?

Das Reichsstatut wird sich in einigen Tagen mit der Frage befassen, ob das Sperrgesetz über die Fürstenabfindung verlängert werden soll oder nicht. Da zwischen dem Freistaat Württemberg und dem dort ehemals herrschenden Hause inzwischen eine Vereinbarung aufgefunden ist und eben auch in Thüringen die Verhandlungen für vor dem Abschlusse stehen, so daß bis zum Ablauf des Gesetzes am 30. Juni eine Einigung erzielt sein dürfte, steht man in Regierungskreisen seinen tatsächlichen Grund zur Verlängerung des Gesetzes. Die gleiche Auffassung wird von den Regierungsparteien vertreten.

Auch nach den uns vorliegenden Informationen ist in Württemberg bestimmt und wahrscheinlich eben in Thüringen bis zum 30. Juni eine Einigung zwischen Staat und Fürstenhäusern zu erwarten. Aber was ist z. B. mit den Landesherren und den 12 Landesherren in Preußen? Wie Verhandlungen der preussischen Regierung mit diesen Fürstenhäusern haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Sie fordern insgesamt einen jährlichen Betrag, der kapitalisiert 50 Millionen Mart ausmacht. Es kommt hinzu, daß die „kleinen Herren“ weitere 5½ Millionen jährlich beanspruchen, und so daß das Sperrgesetz nicht gehen würde, wenn sie bereits bei preussischen Behörden oder haben diese Abfindung in Aussicht gestellt. Insofern erweist sich die Verlängerung des Sperrgesetzes und seine Abschaffung auf die „kleinen Herren“ als unbedingt notwendig, denn selbst im günstigsten Falle ist es ausgeschlossen, daß diese Ansprüche auf gültigen Wege bis zum Ablauf des bestehenden Sperrgesetzes am 30. Juni bereinigt werden können.

Abschluss der Genfer Arbeitskonferenz.

Die Internationale Arbeitskonferenz ist am Donnerstag mit einer Reihe von Neben und das gesamte Ergebnis der Tagung geschlossen worden. Das Haupt der Konferenz in der Sicherung der Koalitionsfreiheit, die nach immer unbefriedigende Regelung der Streikangelegenheit und die leere Demonstration hinsichtlich der Regulierung des Aufstufens abzukommen gelegentlich der Mitteilung Frankreichs, daß es vollständiger, wenn England u. Deutschland vollständiger — all das läßt die Leitung der 10 Arbeitskonferenz als einen Misserfolg erscheinen, hinter dem die Annahme des Konventionensitzes für die Frankreichs, der an sich wirkungslosse Weltbericht von Albert Thomas über die Entzifferung der Sozialpolitik und noch managen andere beachtenswerte Arbeit des internationalen Arbeitssamts verschwanden.

Der Misserfolg bezüglich der Koalitionsfreiheit war vorauszusehen. Wie der spanische Arbeiterdelegierte **Castellano** hervorhob, ist von Jahr zu Jahr eine unumkehrbare Haltung der Arbeitsgruppen in Genf zu beobachten. In einer Zeit, wo sich nicht nur in den sozial und wirtschaftlich noch weniger entwickelten Ländern, sondern auch in den hochentwickelten europäischen Groß-

Genf ohne Resultat.

Polizistenfragen Lösung zu geben. Beifamm brauchte die Reise nach Genf natürlich erst anzutreten, denn Briand, der in dieser Frage der Hauptbetreffte ist, war gestern schon wieder abgereist. Wichtigkeit kam ihm seine Krankheit (Gürtelrose) aus gelegen. Die Berliner Presse gibt deutlich dem Verdachte Ausdruck, daß Briand nicht nur durch seine Erkrankung, sondern auch durch einen bindenden Befehl des Kabinetts Poincaré gehindert worden sei. Insbesondere wird der Republikaner **Marin** als der Bremser Briands bezeichnet. Ohne ihn, so schreibt heute morgen die Berliner Presse, wäre die Durchführung der Truppenreize im Rheinland bereits eine vollengebrachte Tatsache geworden. So aber glaubt man in gut unterrichteten Berliner Kreisen, daß es noch einiger Zeit und langwieriger diplomatischer Verhandlungen bedürfen wird, bis die in Locarno verpackte und jetzt in Genf von Briand erneuerte Truppe Jolge einer beträchtlichen Verminderung der Befestigungsgruppen im Rheinland durchgeführt werden kann.

Einen kleinen Wunsch hatte die deutsche Bürgerblockregierung noch:

In der Mandatskommission des Völkerbundes,

welche über die Kolonialpolitik einberufen, vertreten zu sein. Von deutscher Seite erklärt man hierzu aus Genf, daß dem deutschen Antrag grundsätzlich zugestimmt wurde, das amtliche Kommunikationen darüber folgt aber nur, daß die Frage der Mandatsaufteilung Deutschlands zur Gegenüberlegung überweisen worden sei.

Die deutschnationalen Zeitungen sind über das magere Resultat der Genfer Ratstagung sehr enttäuscht und missmutig. Angehängte der fortgeschritten parlamentarischen Niederlagen im Reichstagen ist das besonders verständlich. Aber was ist außerdem natürlich von einer Regierung mit Einfluss der deutschnationalen Kronprinzen mehr zu erwarten als eine Enttäuschung nach der anderen?

Tragödie der Erwerbslosigkeit.

Wie es gegenwärtig auf dem Arbeitsmarkt aussieht.

Offensichtlich ist in den letzten Monaten eine wesentliche Besserung auf dem Arbeitsmarkt eingetreten. Täglich oder oft das Glend der Erwerbslosigkeit noch immer größer als man allgemein noch den monatlich ermittelten statistischen annehmen kann. Im folgenden die Statistik der ersten fünf Monate des laufenden Jahres über den Umfang der Erwerbslosen und der Arbeitskräfte:

| 1927 | Erwerbslosenstärke | | Arbeitskräfte | | Insgesamt |
|-------------|-------------------------------|----------|-------------------------------|----------|-----------|
| | Unter- haltungs- fähige | Arbeiter | Unter- haltungs- fähige | Arbeiter | |
| 15. Januar | 1.833.867 | 94.741 | 1.932.448 | 9.307 | 2.073.743 |
| 15. Februar | 1.769.469 | 110.682 | 1.917.706 | 13.914 | 2.078.080 |
| 15. März | 1.658.315 | 138.779 | 2.232.362 | 27.640 | 1.838.876 |
| 15. April | 882.581 | 145.891 | 234.270 | 39.230 | 1.268.972 |
| 15. Mai | 749.237 | 157.762 | 238.652 | 39.700 | 1.185.752 |

Unter den direkten Unterhaltungsempfängern waren bei Beginn der großen Arbeitslosigkeit am 15. Dezember 1925 nur 42 014, die bereits über 20 Wochen Unterhaltung erhielten. Die Zahl steigerte sich von Monat zu Monat, am 15. Juli 1926 waren es bereits 379 609. Vom 15. August 1926 läßt sich auch die Entwicklung der über 39 Wochen Unterliegenden übersehen. Es sind zu diesem Zeitpunkt insgesamt 685 308 Erwerbslose mit einer Unterhaltungsdauer von über 26 Wochen vorhanden. Danach sind 114 301 bereits über 39 Wochen arbeitslos. Ende des Jahres steigt die Zahl auf 530 335, davon sind 231 691 über 39 Wochen arbeitslos. Seit Anfang dieses Jahres ist unter Berücksichtigung der Arbeits-

Erwerbslosenstärke Arznenleistungen

| 1927 | ab 30-39 | 39-52 | über 52 | Insgesamt |
|-------------|----------|---------|---------|-----------|
| 15. Januar | 348 965 | 268 237 | 125 448 | 742 650 |
| 15. Februar | 314 022 | 256 620 | 191 755 | 762 397 |
| 15. März | 261 624 | 221 661 | 239 292 | 722 577 |
| 15. April | 183 682 | 168 836 | 234 270 | 606 788 |
| 15. Mai | 140 143 | 129 383 | 229 023 | 508 409 |

Die Zahl der direkten Unterhaltungsempfänger in der Erwerbslosen- und Arbeitskräfte für den 15. Januar bis 15. Mai. 1 969 415 auf 972 280 zurückgegangen, der Rückgang erfolgte fast ausschließlich durch Arbeitsaufnahme kurzfristiger Erwerbsloser. Am 15. Januar waren 814 743 Erwerbslose mit einer Unterhaltungsdauer bis 13 Wochen und 407 102 Erwerbslose mit über 13 bis 26 Wochen vorhanden; am 15. Mai waren es 257 980 bis 13 Wochen und 211 781 über 13 bis 26 Wochen. Der Rückgang an direkten Unterhaltungsempfänger betrug 997 156, was sich bei der kurzfristigen Erwerbslosen ein Rückgang von 782 084 gegenüber. Am Beginn der Krise hatten wir am 15. Dezember 1925 bei über 1 Million Unterhaltungsempfänger nur 42 014 langfristige Erwerbslose und 27 870 Arbeitskräfte, heute bei nicht ganz 1 Million Unterhaltungsempfänger 502 499 langfristige Erwerbslose und 166 463 Arbeitskräfte. Diesem gesteigerten Glend ist also nicht mit Abbau, sondern mit Aufbau der Erwerbslosenkräfte zu begegnen.

Sozialdemokratie und Einheitsstaat.

Die fidele Konferenz der Parteien.

Heidelberg, 16. Juni. (Eg. Draht.) Auf Anregung der höchsten Landesorganisation der SPD, fand am Donnerstag in Heidelberg eine föderale Bänderkonferenz der Sozialdemokratie statt, die sich mit dem Bänderproblem in der Richtung der Schaffung des Einheitsstaates beschäftigte. Am den Kongress nahmen Vertreter von Bayern, Hessen, Württemberg, Baden, der Pfalz und von Ostpreußen teil, zum größten Teil Mitglieder der Bänder- und des Reichstages, Parteisekretäre und Redakteure der Parteipresse, etwa 50 an der Zahl. Kom Parteivorstand war Hermann Müller anwesend.

An einleitendem Referat des Abgeordneten Rau-Offenbach schloß sich eine Aussprache, in der das Problem eingehend erörtert wurde. Wenn auch an sich allgemein bejaht wurde, daß die Frage heute noch nicht spruchreif sei, so wurde doch von allen Bändern festgehalten, daß die ganze Entwicklung im Reich und in den Ländern auf eine Zentralisation hindeutet, sowohl aus wirtschaftlichen wie aus politischen und finanziellen Gesichtspunkten heraus. Als nächstgenannt wurde die Schaffung eines Einheitsstaates mit selbst delegierter Verwaltung bezeichnet, wobei allerdings das Problem nur in Verbindung mit dem Problem Preussens zu lösen wäre. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Der Zweck der Konferenz, die Frage des Einheitsstaates im Rahmen der Gesamtpartei weiter zu erörtern, die verschiedenen Anschauungen und Auffassungen der föderativen Bändervertreter kennen zu lernen und einen Gedankenanstausch über die Lösungsmöglichkeiten herbeizuführen, wurde zweifelsfrei erreicht.

Das Polizeibeamtens-Gesetz.

Der Hauptauschuß des Preussischen Landtages

beendete am Donnerstag die erste Lesung des neuen Polizeibeamtengesetzes. Eine eingehende Aussprache entfiel sich über die Frage, für Dienststellen, die der Militär in der ersten Lesung vorliegt, eine Befreiung u. Befreiungsmöglichkeit an das Staatsministerium zu überlassen. Der § 51 des Gesetzesentwurfes, der sich mit der Befreiung für die Verbindung von Dienststellen bezieht, wurde schließlich in der vorgelegten Fassung unter dem Vorbehalt angenommen, daß in der zweiten Lesung noch eine genaue Prüfung dieser Frage erfolgen soll. Schließlich fand noch ein sozialdemokratischer Antrag Annahme, wonach das alte Schuppolizeibeamtengesetz auch für die Schutzpolizeibeamten vom 31. März 1926 an außer Kraft treten soll, die einen entsprechenden Antrag auf ihre Rechte aus dem alten Gesetz unterbreiten haben. Diese Beamten kommen damit in den Genuß der Rechte des neuen Gesetzes.

Die zweite Lesung im Ausschuß soll am Freitag und Sonnabend erfolgen. Es wird damit gerechnet, daß das neue Polizeibeamtengesetz noch vor der großen Sommerpause des Landtages verabschiedet werden kann.

Die Rechnung ohne den Wirth.

Der Zentrumswahlrechtsbericht der Wirth hat am Mittwoch bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Zurückziehung des Volkgebührengesetzes die Frage der Zurückziehung gemittelt. Die Reichspresse teilt deshalb und behauptet, daß Wirth den Ausschuß für die Annahme des sozialdemokratischen Antrages gegeben habe. Diese Rechnung ist falsch; denn bei der ganzen Einstellung Wirths hätte er niemals für die Zurückziehung mit ihren preissteigernden Auswirkungen gestimmt. In beiden Fällen wäre er sich enthalten haben. Der sozialdemokratische Antrag wäre also trotzdem mit 2 Stimmen mit einer Stimme Mehrheit angenommen worden.

Das wäre das eine. Das andere ist die Innenfrontarbeit, mit der die Zentrumskommunisten jetzt den Ruf nach Fraktionsdisziplin erleben und das Zentrum am Standpunkt dieser Disziplin aus gegeben Wirth aufzuküpfeln versuchen. Diese Kampfsparole, die sich bei der Dames-Aufnahme geregelt in zwei Häfen teilen.

Ein trefflicher Pfarrer.

In Marzin im Kreise Königsegg-Lauritzen amtet ein Pfarrer zu. Es ist der Vater des zum Tode verurteilten Fremdenrädler Theodor Bern. Kurze Zeit nach der Revolution interessierte sich dieser Pfarrer für die Sozialdemokratie. Er rechnete damit, daß die Trennung von Staat und Kirche scharf durchgeführt werden würde und hielt es für klug, Mitglied der Sozialdemokratie zu werden. Nachdem man ihn darauf aufmerksam gemacht hatte, daß er sich die Konsequenzen überlegen müsse, würde er aufgenommen. Vier Monate später hätte er es sich wieder anders überlegt, und wenn er sah, daß es als Pfarrer weiter kein Hoffnungsraum findet würde, sah er wieder aus der Partei aus.

Zeit predigt er von der Kanzel, der Herr Gott misse ein gerechtes Barm und die kirchliche Regier- und Verwaltung eine bessere ersehen. Wie er sich nun unmittelbar im Genuß des lieben Gottes in die preussischen Koalitionswahlkreise befindet, das erklärt man nicht. Dafür predigt er aber, daß die Gemeindeglieder ausserordentlich wacker seien, von Bolle nicht verdammt werden und obigen Hergangs sind. Erst Sozialpolitik, dann Sozialdemokratie — ein trefflicher Pfarrer.

Kampf gegen die Porto-Erhöhung.

Der Verwaltungsrat der deutschen Reichspost wird sich am Freitag mit der Vorlage des Reichspostministers über die Gehaltsanhebung befassen. Der Industrie- und Handelsrat hat noch in letzter Stunde ein Telegramm an den Reichspostminister mit dem Ersuchen gerichtet, die Tarifvorlage, insbesondere die Erhöhung des Briefpostes zu unterlassen.

Die Vertreter der sozialdemokratischen Reichspoststation im Verwaltungsrat werden am Freitag einen Vorschlag einbringen und darauf bestehen, daß es unbedingt notwendig ist, die finanzielle Umwälzung der Post im laufenden Jahre abzumachen, ehe man zu dem Reichspostminister geplanten einschneidenden Vorschlägen zurückkehrt. Der Zentralausschuß der Reichspoststationen wird am Freitag mit dem Reichspostminister zusammenkommen, um die Vorlage der Reichspoststationen im Verwaltungsrat und im Reichstag zu prüfen.

Der Schuld- und Schmutz-General.



Ministerialrat von Zahn

der vom Reichsminister des Innern, von Reubell, zum Leiter der in Leipzig errichteten Oberprüfstelle für Schuld- und Schmutzliteratur ernannt wurde.

Stahlhelmluft — Stappenhluft.

Der Helmtrierer Braumeister vom Stahlhelm hat einen würdigen Genossen gefunden: den Geschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei in Wien, Major Erbeding. Er arbeitet für den Stahlhelm, damit auf dem Wege über den Stahlhelm die Deutschnationale Partei Mitglieder gewinnt. Er redet und schreibt über seine Erfahrungen vor Verbund. Dabei hat er den Krieg als Führer des Rekrutendepots der 243. Infanteriebrigade mitgemacht. Von dieser Position aus hatte er es natürlich leicht, über die Drückerorgane und Detektive nach Leibesträßen zu schimpfen. Dafür scharfmerkt er jetzt für die Front und für den frontseitig im Stahlhelm. Wenn es so weitergeht, wird es bald heißen: Stahlhelmluft, Stappenhluft.

Zolltarif-Korruption in Frankreich.

Wie der „Quotidien“ in sensationeller Aufmachung mitteilt, hat die Industrie bei den Vorbereitungen auf den neuen Zolltarif mit allen Mitteln und mit gelobter Befriedigung gearbeitet. Das Blatt veröffentlicht in diesem Zusammenhang ein Rundschreiben des Verbandes der mechanischen und elektrotechnischen Industrie Frankreichs, worin der Vorstand dieses Verbandes auf die Anstrengungen und Erfolge der Schweißerei bezüglich der Zollreform aufmerksam macht, dabei aber gleichzeitig betont, daß diese Vorarbeiten ungenügend viel Geld koste und es notwendig sei, eine einmalige höhere Umlage auf alle Mitglieder des Verbandes zu legen. Der „Quotidien“ glaubt aus diesem Rundschreiben den Argwohn zu schöpfen, daß die Industrie nicht nur Zeitungen, sondern sogar Abgeordnete zu kaufen versucht hat. An diesem Zusammenhang teilt das Blatt mit, daß die Industrieverhandlungen um den Zolltarif sich erheblich zu einem Stand ausweiteten und daß man daher mit einer erneuten Debatte des Zolltarifgesetzes vor der Kammer nicht vor mehreren Monaten rechnen dürfe.

Ans dem Sächsischen Landtage.

Dresden, 16. Juni. (Eg. Draht.) An der Donnerstag-Sitzung des Sächsischen Landtages wurde sowohl der sozialdemokratische Antrag zur Verhinderung der kommunisierenden Maßnahmen als auch der sozialdemokratische Antrag zur Verhinderung der kommunisierenden Maßnahmen mit 49 gegen 47 Stimmen abgelehnt. Für die Annahme stimmten lediglich die Sozialdemokraten und Kommunisten sowie die übrigen Abgeordneten der Nationalsozialistischen Partei. Alle bürgerlichen Parteien und die Abgeordneten der SPD stimmten gegen die Anträge.

Neue Unruhen in Hollandisch-Indien.

Aus Batavia in Süd-Gelbes wird gemeldet, daß dort eine revolutionäre Zusammenrottung kommunistischer Eingeborener stattgefunden, die verurteilt, die Polizeigebäude zu stürmen. Bei dem Zusammenrottung wurden ein Polizeioffizier und ein Polizeioffizier schwer verwundet, drei Rebellen wurden getötet, zwölf gefangen genommen. Aus Sabon wird die Beurtelung zweier Kommunisten zum Tode, mehrere anderer zu langjähriger Gefängnisstrafe gemeldet.

Europa-Pf. Auf der in Wien abgehaltenen mitteleuropäischen Fremdenvertretung teilte der Delegierte der italienischen Gesellschaft für Fremdenverkehr, Becchi, mit, daß gegenwärtig von Frankreich ausgehende Bestrebungen im Zuge sind, einen „europäischen Pakt“ zu schaffen, der die Bevölkerung von ganz Europa ohne Wala ermöglicht. Ein internationales Einheitskomitee soll diesen Plan vorantreiben.

Schlafend eines russischen Offiziers. Großes Aufsehen erregt in Wien der Selbstmord des Direktors der Kunstbibliothek des Militärhistorischen Instituts und Mitgliedes der K.u.k. Akademie der Wissenschaften, Prof. Tschernomir. Prof. Tschernomir war einer der bekanntesten Kunstgeschichten Russlands, der mehrere kunstgeschichtliche Werke veröffentlicht hat. Wie die Sozialisten erzählen, litt der Gelehrte stark unter der Hitze, die von kommunisierenden Seiten in Wien wissenschaftlichen Kreisen gegen ihn getrieben wurde. Diese Hitze sei ihm so unerträglich gewesen, als Prof. Tschernomir unter dem Janerregime infolge seiner radikalen Ansichten seinen Strauß erhalten konnte. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet.

Grandjolly. Zwei Reiter, die unter der Befehlshaltung, den Aufseher einer Sägemühle ermordet zu haben, verurteilt worden waren, wurden in Bouville (USA) dem erstickenden Polizeibeamten von einer taubstumpfen Menge entriksen. Die Reiter wurden durch die Strafen gestiftet und auf einem Scheiterhaufen verbrannt.

Aus der Partei.

Parteitaktische Differenzen in der franz. Partei.

Der Verwaltungsausschuß der sozialistischen Partei Frankreichs trat am Mittwoch in Paris zu einer Sitzung zusammen, die außerordentlich lehrreich verlief. Der Abgeordnete Renaudet hatte anlässlich der Wahlkampagne im Departement Nabe, wo die sozialistische Wähler aufgebracht worden waren, für den kommunisierenden Kandidaten zu stimmen, in einem Interview die amtliche Parteiparole missbilligt. Dafür erhielt er am Mittwoch einstimmig eine scharfe Rüge wegen Disziplinlosigkeit. Renaudet erklärte daraufhin, daß er sein Amt als Wortführer nicht niedergehen werde. Der Abgeordnete Courmesil sollte ebenfalls kritisiert werden, weil er dem Rathaus des Annonciateurstrasse in Lyon gegen die Kommunisten als Kampf aus gegen die Sozialisten mit den Worten begründet hätte: „Der Kommunismus, das sind wir.“ Courmesil protestierte aus Entschiedenheit gegen jede Maßregelung und erklärte aus, daß der Vorstand davon abließ.

Renaudets Warnung.

Infolge der Rüge, welche der französische Parteivorstand dem Genossen Renaudet erteilt hatte, hat dieser am Donnerstag seinen Austritt aus dem Parteivorstand erklärt. Er begründete seine Entschcheidung in einem an den Generalsekretär der Partei gerichteten Schreiben, in dem er seinen Standpunkt in vollem Umfang auseinandergesetzt hat, und seine letzten Bedenken gegen die jetzige offizielle Parteipolitik ausdrückt. Der Gehalt eines Parteimitgliedes von der bürgerlichen Seite über den Sozialismus hinweg bis zu den Kommunisten ist eine Überlebensfrage. Wenn die sozialistische Partei die nächsten Wahlen etwa zusammen mit den Kommunisten machen möchte, so würde sie alle üblichen republikanischen Elemente von sich stoßen und damit nicht nur die eigene Sozialkraft, sondern die der gesamten republikanischen Wähler auf verhängnisvoll Weise schmälern. Die Sozialisten haben ihren Zusammenbruch nicht nur den Kommunisten die Spaltung innerhalb der Arbeiterkraft überlebt und eine geschlossene Einheitsfront zu schaffen ist, sei eine Utopie. Die Zukunft der Demokratie liegt vielmehr, wie die Erfahrungen in anderen Ländern bestätigen, in der Zusammenfassung aller unabhängigen republikanischen und fortgeschrittenen Kräfte, durch die die Unabhängigkeit der einzelnen Parteien, ihre Doktrin und Organisation in keiner Weise beeinträchtigt zu werden braucht. Die Partei müsse sich bitten, heute den gleichen Fehler zu begehen, der zu der Wahlbedrohung von 1919 und zu der Spaltung von Tours geführt habe.

Renaudet gibt zum Schluß der Überlegung Ausdruck, daß er mit dieser Auffassung innerhalb der Partei Teilnehmender sein ließe, daß vielmehr zahlreiche seiner Freunde die gleiche Sorge wie er hegen, daß sie es aber bisher nicht gemacht hätten, damit vor die Öffentlichkeit zu treten. Er teilt dann noch mit, daß er die ganze Frage vor dem Ende des Monats zusammenzutretenden Nationalrat bringen werde, in der Hoffnung, die Partei vor schweren Fehlern zu bewahren.



Die Angeklagte Frau Elisabeth Kolomat.
(Von unserem Spezialzeichner in Bremer Gerichtsaal gezeichnet.)

Bei der Vernehmung der Zeuginen im Prozess gegen Frau Kolomat kam es am Donnerstag zu scharfen Zusammenstößen und es schloß sich mehrere Stunden an. Die Angeklagte hat am Freitagabend der Zeugin gegenüber, daß das Mädchen kein Sohn von dem Manne in Begleitung gewesen habe. „Wir haben uns nichts dabei angedacht, es war ein netter, anständiger Herr“, soll die Mutter erklärt haben. Die Angeklagte bestritt die Angabe einer erstgeborenen Tochter und sprach ein einziges Mal, am Tage, als das Mädchen starb, mit dem Verleumdeter, und zwar in Gegenwart ihres Mannes. Ob Tage lang habe man sie überhaupt nicht an das Krankenhaus der Zeugin gesehen. Als sie schließlich zu ihrem Stuhle gerufen worden sei, habe sie es überhaupt nicht mehr erkannt.

Im Zuge der Vernehmung sind im Zusammenhang mit ihrem Mann die drei Besuche der Zeuginen, die im Jahre 1920 nach Bremen gekommen sind, zur Sprache gekommen. Diese Unterredung, an der die Angeklagte teilgenommen hat, bezeugt die Zeuginen in dem Zeugnis. In dem Zeugnis der Zeuginen, die sie im Jahre 1920 nach Bremen gekommen sind, wird berichtet, daß sie im Jahre 1920 nach Bremen gekommen sind, um ihren Mann zu besuchen. Die Zeuginen sind im Zeugnis angegeben, daß sie im Jahre 1920 nach Bremen gekommen sind, um ihren Mann zu besuchen. Die Zeuginen sind im Zeugnis angegeben, daß sie im Jahre 1920 nach Bremen gekommen sind, um ihren Mann zu besuchen.

Die Zeuginen sind im Zeugnis angegeben, daß sie im Jahre 1920 nach Bremen gekommen sind, um ihren Mann zu besuchen. Die Zeuginen sind im Zeugnis angegeben, daß sie im Jahre 1920 nach Bremen gekommen sind, um ihren Mann zu besuchen. Die Zeuginen sind im Zeugnis angegeben, daß sie im Jahre 1920 nach Bremen gekommen sind, um ihren Mann zu besuchen. Die Zeuginen sind im Zeugnis angegeben, daß sie im Jahre 1920 nach Bremen gekommen sind, um ihren Mann zu besuchen. Die Zeuginen sind im Zeugnis angegeben, daß sie im Jahre 1920 nach Bremen gekommen sind, um ihren Mann zu besuchen.

Die Zeuginen sind im Zeugnis angegeben, daß sie im Jahre 1920 nach Bremen gekommen sind, um ihren Mann zu besuchen. Die Zeuginen sind im Zeugnis angegeben, daß sie im Jahre 1920 nach Bremen gekommen sind, um ihren Mann zu besuchen. Die Zeuginen sind im Zeugnis angegeben, daß sie im Jahre 1920 nach Bremen gekommen sind, um ihren Mann zu besuchen. Die Zeuginen sind im Zeugnis angegeben, daß sie im Jahre 1920 nach Bremen gekommen sind, um ihren Mann zu besuchen. Die Zeuginen sind im Zeugnis angegeben, daß sie im Jahre 1920 nach Bremen gekommen sind, um ihren Mann zu besuchen.

Die Zeuginen sind im Zeugnis angegeben, daß sie im Jahre 1920 nach Bremen gekommen sind, um ihren Mann zu besuchen. Die Zeuginen sind im Zeugnis angegeben, daß sie im Jahre 1920 nach Bremen gekommen sind, um ihren Mann zu besuchen. Die Zeuginen sind im Zeugnis angegeben, daß sie im Jahre 1920 nach Bremen gekommen sind, um ihren Mann zu besuchen. Die Zeuginen sind im Zeugnis angegeben, daß sie im Jahre 1920 nach Bremen gekommen sind, um ihren Mann zu besuchen. Die Zeuginen sind im Zeugnis angegeben, daß sie im Jahre 1920 nach Bremen gekommen sind, um ihren Mann zu besuchen.

Die Zeuginen sind im Zeugnis angegeben, daß sie im Jahre 1920 nach Bremen gekommen sind, um ihren Mann zu besuchen. Die Zeuginen sind im Zeugnis angegeben, daß sie im Jahre 1920 nach Bremen gekommen sind, um ihren Mann zu besuchen. Die Zeuginen sind im Zeugnis angegeben, daß sie im Jahre 1920 nach Bremen gekommen sind, um ihren Mann zu besuchen. Die Zeuginen sind im Zeugnis angegeben, daß sie im Jahre 1920 nach Bremen gekommen sind, um ihren Mann zu besuchen. Die Zeuginen sind im Zeugnis angegeben, daß sie im Jahre 1920 nach Bremen gekommen sind, um ihren Mann zu besuchen.

Radio-Tageblatt
(Eigener Funkdienst)

Helsingfors, 17. Juni. (Eig. Funkt.) Die Abfahrt der ausfindigen Arbeiterporter nach Helsinki des finnischen Sportfestes im August soll sich unter großer Begeisterung und Anteilnahme der Bevölkerung, die zu Tausenden den Stränden zum Gelingen der Fahrt gekommen sind, am Sonntag abends von dem Schiff nach Helsingfors zur Teilnahme an dem finnischen Arbeiterporterfest. Hier hätte sich zur Begrüßung außer den finnischen Sportgenossen auch ein Vertreter des deutschen Arbeiterporterfestes. Nach dem Begrüßungsmoment wurde die internationale Fahne, worauf die deutschen und sonstigen ausländischen Sportgenossen mit steigender Fassung durch die Stadt zum Rathaus zogen. Das prächtige Gebäude ist mit den Fahnen der am internationalen Arbeiterporterfest teilnehmenden Nationen geschmückt. Die deutsche Mannschaft ist wohlslaut.

Der Rumpfung der Amerikasieger.
Berlin, 17. Juni. (Eig. Funkt.) Die beiden Oceanflieger Chamberlain und Levine sind am Donnerstagabend 8 Uhr mit Sonderzug von Bremen in Bremerhaven eingetroffen. Auf dem Dampfer „Bremen“ veranfaßte der Norddeutsche Lloyd eine Begrüßungsfeier.

Dinero wieder in Italien gelandet.
Rom, 17. Juni. (Eig. Funkt.) Der italienische Flieger der Roma hat am Donnerstag seinen Flug über 5 Kontinente beendet. Er ist von Barcelona kommend im Hafen von Ostia bei Rom glücklich gelandet. Hier wurde ihm in Gegenwart Mussolinis ein großer Empfang bereitet.

Bestätigte Todesurteile. Der Bahnbauarbeiter Wilhelm Gertig war am 27. März vom Schwurgericht Düsseldorf wegen Mordes zum Tode verurteilt worden. G. hatte am 7. Juni 1916 seine Ehefrau getötet. Erst nach 10 Jahren hat der Norddeutsche Ostsee-Dienst beim Reichsgericht eingeklagt. Das Reichsgericht hat die Revision des Bahnbauarbeiters Wilhelm Gertig, der wegen Ermordung seiner Ehefrau vom Schwurgericht Elftin am 12. März zum Tode verurteilt worden ist, und die Revision des Gärtners Otto Wolff aus Neustadt (Oberschlesien), der am 29. März vom Schwurgericht Neisse wegen Doppelmord und Raub zweimal zum Tode verurteilt worden ist, wurde verworfen.

Ein Todesurteil. Das Schwurgericht Rheinfeld verurteilte den Bauarbeiter Adolf Heine, der am 19. Februar auf der Chaussee zwischen Dornheim und Colzom in der Nähe von Eberswalde den Bierfahrer Josef aus dem Hinerbach erschossen hatte, zum Tode. Die Revision wurde vom Reichsgericht verworfen. Er wurde zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht hat die Revision des Bauarbeiters Wilhelm Gertig, der wegen Ermordung seiner Ehefrau vom Schwurgericht Elftin am 12. März zum Tode verurteilt worden ist, und die Revision des Gärtners Otto Wolff aus Neustadt (Oberschlesien), der am 29. März vom Schwurgericht Neisse wegen Doppelmord und Raub zweimal zum Tode verurteilt worden ist, wurde verworfen.

Schiffsunfall bei Oranien. Der Dampfer „Hugo“ der Dampfischifffahrts-Gesellschaft „Mare“ der mit Regolth von Orlanien (Westindien) nach Kopenhagen unterwegs war, scheint bei Oranien untergegangen zu sein. Ein mit seinem Namen versehenes leeres Rettungsboot und eine Leiche in Delud wurden von vorübergehenden Schiffen in den südrindischen Gewässern bemerkt. Wegen hoher See konnte die Leiche nicht gezogen werden. Einweilen heißt man noch, daß die aus 15 Mann bestehende Besatzung des Dampfers, außer der auch vier Passagiere an Bord waren, wenigstens zum Teil von einem Fangschiff gerettet worden ist.

Ein Berliner in Wien zur Praterkönigin gewählt. Am Rahmen der Wiener Festwochen sind die Wahl einer Praterkönigin statt. Unter dem Titel des Publikums erhielt den ersten Schönheitspreis Gräulein Margarete Simon. Die neue Praterkönigin ist 18 Jahre alt und kommt aus Berlin, wo ihr der Vater ein großes Geschäft betreibt. In Wien soll sie einen Jahr in Wien. Rückfahrskarte einbezogen. Vor kurzem wurden in dem Wochenendhaus eines der bekanntesten Pempstorfer Bäume auf Lang Lang während der Anwesenheit der Bewohner ein Einbruch verübt. Die Einbrecher drangen zunächst in den ersten Stock ein, wo ein von den Bewohnern eingeschlossenes Ehepaar das Verhängnis des Wohnendes gesehen wollte, und verlangten die Herausgabe der Wertsachen. Es wurden ihnen außer Bargeld Juwelen im Werte von etwa 10.000 Dollar ausgehändigt. Als nun der bereits Geomeister war, er hätte jetzt nicht einmal Geld, um heimzufahren, bekam er sofort eine Dosis Gift. „Wir wissen, was es heißt, abgebrannt zu sein“, bemerkte der eine Einbrecher dazu. Dann schritten die Diebe die Praterkönigin durch, warnten ihre beiden Opfer davor, irgendeinen Laut von sich zu geben, stiegen auf einer Leiter in das Barriere hinunter, wo sich der Hausbesitzer mit seiner Frau befand, und nahmen ihnen ebenfalls alles Geld und alles Silber ab. Als die Männer ihre Beute in aller Ruhe insferteten und darunter auch die beiden Trauringe der Brautpaare fanden — wie es sich für solche Praterkönigin eignen, waren es nicht einfache Goldringe, sondern Schmuckstücke, die einen Wert von etwa 10.000 Dollar darstellten — haben sie die Königin zurück, mit dem Bemerkens, ein Trauring sei für den Beweiser eine unbehagliche Erinnerung. Damit ihr erstes Opfer nicht seinen Zug verleihe, ließen sie ihm auch noch die Praterkönigin zurück. Dann stiegen die Einbrecher-Einbrecher in die Luft und fuhren ruhig davon.

Eidwesen als Delikt. Eine Gesellschaft französischer Feinschmecker veranstaltete in jedem Jahr in Paris ein Essen, bei dem die meisten und schmackhaften Speisen aufgetragen werden. Man hofft auf eine solche Feinschmecker immer wieder einen neuen, bisher unbekanntem Geschmack zu finden. An diesem Jahre umfaßt die Speisekarte u. a. folgende Delikatessen: Altschokolade, Eierluppe, Schokolade, Schokolade, kochendes Weißbrot und anderes mehr. Das neueste unter diesen Gängen waren die Würstchenbesen. Die 100 Teilnehmer des Abends fanden übereinstimmend die neue Speise „köstlich“. Die Delikatessen, die die Feinschmeckern so sehr mundete, ließ mitten in der Schokolade. Ein ganzer Stamm von Arbeitern hatte vier Wochen lang damit zu tun, eine genügend Menge dieser Tiere für das Festmahl zu fangen.

Berliner Verkehr.
Berlin, 17. Juni. (Eig. Funkt.) Die drei Berliner Verkehrs-Gesellschaften, Straßenbahn, Untergrundbahn und Omnibus, haben nach der Einführung des Einheitsfahrplans mit einmaliger Umbauarbeiten im Mai 108 Millionen Reichsmark befordert. Damit wurden im Mai, genau so wie im April, täglich 3,2 Millionen befördert. Auf die Straßenbahn entfallen 69,5 Millionen, Untergrund 19,5 und Omnibus 1,2 Millionen.

Steck der Studenten.
Paris, 17. Juni. (Eig. Funkt.) Die Lehrer der höheren Schulen Frankreichs haben beschlossen, als Antwort auf die weitere Verschärfung ihrer Überwachungsregel bei den bevorstehenden Wahlen, sich dem Streik zu schließen. Die Regierung verspricht ihnen zur Verhütung die längst fällige Gehaltserhöhung für den 14. Juli.

Todesurteil in Rußland.
Moskau, 17. Juni. (Eig. Funkt.) Das Militärtribunal in Kronstadt verurteilte den ehemaligen Kommandanten des baltischen Zerreute des ehemaligen Schiffes, Kleptom, wegen Spionage zu Gunsten Englands zum Tode und seine Frau wegen Missetats zu drei Jahren Gefängnis. Kleptom hat eingeklagt, er sei ein „rußischer Marineoffizier“, ein hessischer und gefährlicher Räuber. Das Militärtribunal über den Zustand der Kriegsgefangenen, besonders der Ärzte, verurteilt zu haben.

Zur Lage in China.
London, 17. Juni. (Eig. Funkt.) Nach Meldungen aus Beijing hat Tschanglin der Oberbefehl über sämtliche Streitkräfte zur Bekämpfung der roten Truppen übernommen. Wellington ist endgültig von seinen Rufen als Außenminister zurückgetreten. In der Provinz Santsung sind die Truppen des Südens weiter erfolgreich vorgerückt.

Wolfszwei Leibesöffner. Die französischen Flieger Peller-Doffy und Conin, die Dienstag nachmittag 4 Uhr in Le Bourget aufgestiegen waren, um den Weltrekord im Landstreckflug zu schlagen, sind nachdem sie erst vier Kilometer zurückgelegt hatten, abgelenkt. Das Flugzeug ging in Flammen auf. Die beiden Flieger tonnen sich rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Räuber mit Automobilen. Der Reichsberger Polizei gelang es nach mühseligen Anstrengungen, eine Räuberbande festzunehmen, die durch ihre Einbrüche die Bewohner des ganzen Reichsberger Kreises in Alarm hielt. Die Räuber der Bande ist ein Herr Miller, Karlmeier, ein bekannter und gefährlicher Räuber. Des Diebstahls brachte die Bande in Automobilen in das Norddeutsche an dem Mann. Der Gefangenensatz wird auf über 80.000 Kronen geschätzt.

2,6 Millionen Geldstrafe für einen Tabakkonkurrenz. Vor dem Amtsgericht in Wismarsburg hatte sich der zweite Mann eines holländischen Dampfeschiffes, der holländische Jacob Wol, mit mehreren Mitschleppern wegen umfangreicher Schmuggelleisten mit Zigaretten, Tabak, Tee und anderen Waren vor Holland nach Deutschland zu verantworten. Die Schmuggelleisten gingen bis in das Jahr 1923 zurück. Das Urteil lautete für den Hauptangeklagten Wol auf eine Geldstrafe von 2,6 Millionen Mark, im Nebenstrafenbereich auf 200.000 Mark. Die Mitschleppern wurden Geldstrafen von 922 bis 287.000 Mark bzw. 2 bis 30 Tagen Gefängnis verurteilt. Nur ein Angeklagter wurde aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Bei wurde die Untersuchungshaft von drei Monaten angesetzt. Wegen Flüchtigkeitsverstoß ist gegen ihn Haftbefehl erlassen worden.

Die Kränze und das Gemälde. Am Donnerstagabend um 6 Uhr besag es sich in einem der nettesten Cafes im Berliner Westen, daß, als eben die Tanzmusik ihren Charakter beendet hatte, auf der Ballstraße ein Geräusch ertönte. Es konnte nur eine Krawalle sein, die ein lustiger Junge zur Freude eines Mädchens gemacht hatte. Kurz, hell und ohne Echo. Es war aber keine Krawalle, wie man ab und zu hören würde, sondern eine nette. Ein junger Mann im kleinen Anzug, 25 Jahre alt, kam zur Seite, und aus der offenen Verpackung der Ballstraße riefte ein ganz feines Mädchen roten Blutes zum Kommandanten. Durch die junge Schöne war's gegangen. Ein Gestirp ist im Taschentuch auf die Wunde, dann trugen sie ihn fort. Ein kleiner, abtrottel Bröckchen ward ihm nachgetragen. Sonst blieb alles ruhig, es war ein fest geführter Tod. Es dauerte keine zwei Minuten, dann legte die Jugend wieder ein und die Jugend, die Berliner Jugend mit abgelenkten Hosen und Flanell-Schleppern, begann sich langsam wieder die Wunde zu schmecken. Die andere beiden waren hart in der Mauer. Ein kleiner, leuchtender, blauer, das hier sein ist, der Biergarten nicht groß genug? Am Biergarten ist es halt, der arme, alte Junge brachte Mühsal zum Sterben, brachte die Luft der anderen, um ganz die Einsamkeit zu finden und seinen mühen Kopf vorüberzuführen zu lassen.

Mittelstern in der Oberkammer. Am Mittwoch mittig gegen 1 Uhr ging über Ries und Umgebung ein Feuer, oder Feuer, worüber man mit schwerer Jagdgeschick nieder. Die Schloßhän wurden die Orde von Jagden. Durch den Jagdgeschick wurden an den Dächern und Fenstern erheblicher Schaden angerichtet. Mehrere 100jährige Linden wurden entzündet und über die Straße gelegt. Bei dem Bahnübergang in Reuß wurde eine Frau durch den Sturm gegen einen einfallenden Bitterzug verwundet. Überfahren und auf der Stelle getötet.

Zwei Tage Feindtum im Feindeshaus. Aus Randsbühn wird berichtet: Der 19 Jahre alte Bauernsohn Schillerhuber aus Randsbühn, der in seinem Zustand sehr, sehr viele davon, immer und sollte in Randsbühn gebracht werden. Als man dort ankam, hat man den Erkranken bereits für gestorben und brachte ihn im Feindeshaus auf. Schillerhuber wurde nun, nachdem er zwei Tage im Feindeshaus gelegen hat, wieder ins Krankenhaus geschafft, da man annimmt, daß er zur Feindtum ist.

Feuer im Orient-Expres. Am Orient-Expres Paris-Mailand-Belgrad-Konstantinopel brach, hervorgerufen durch die Funkenregen der Lokomotive, zweimal hintereinander Feuer aus. Der erste Brand entbrannte unmittelbar nach dem Passieren des Tunnels vor Duns an der Verbindungsstelle der beiden Wiener Schloßanlagen. Der zweite zehn Minuten hinter Duns zwischen dem Gepädkompartiment und dem ersten Abgang. In beiden Fällen konnte das Feuer sofort gelöscht werden. Es wird vermutet, daß die starke Funkenregen auf mangelhafte Röhre zurückzuführen ist.



Bei uns für Zucker-Preisabbau!

- Gen. Melis, beste Zuckerrohr... 1 Pfund 88 Pf.

Für gute Kunden beste Einlagen: Bohnen, Erbsen, Linfen, Reis, Gago, Grieß...

Reinigen in 1 Liter-Becken besonders preiswert!

Zuvorkommende, freundliche, saubere Bedienung finden Sie stets im Naverma-Haus



die Marke für

Echte Kieler-Anzüge

Es kostet ein blau-weiß gestreifter Kadettanzug Gr. 0 M. 6.20

Jede weitere Größe 0,50 mehr



Bei schriftlichen Bestellungen genügt Angabe des Alters Hermann Schinke Das Qualitätshaus für Herren- und Knabenkleidung Breitweg 73 Folgtel 25

Wollen Sie gut und billig kaufen Müssen Sie nur zu Blum hinlaufen Große Auswahl in Damen-u. Mädchenkleider

Präpar. Viehlebertran Hoch-Rebertran-Emulsion Nat.-Arznei.



May's Kragen mit feinem Waschestoff die ideale Herrenwäsche

Uhren von 4.-200. an Netten. Ringe sowie andere Geschenke in Gold und Silber zu billigen Preisen.

J. Gallal, Uhrmacher und Schmeller, Stübingerstraße 35.

Elektrische Licht- u. Kraftanlagen Erweiterungen, Reparaturen Reparaturwerk für Elektromotoren

Gebr. Dingel Lebensmittel-Großverkaufsbau Hamburg :: Magdeburg

Bartel-Literatur jeder Art zu haben im Galberstädter Lagerblatt.

Zahnbürsten Damen-, Herren- und Kinder-Zahnbürsten Parfümerie C. MIDY

Achtung! Radfahrer! Empfehlung zur Saison erstklassige 'Freisch Auf'-Fahrräder

Oele, Lacke, Farben und alle Bedarfsartikel für Lackierungen und Anstriche

Engel- oder Imprägnations-Räume mit Verleberampe u. Zinken-Ansatz

Oelfarben Lackfarben, Emallielack, Buntfarben in allen Tönen

Betten? Möbel? kauft direkt im Fabriklager, wer viel Geld sparen will!

Zigarren-Höchstleistungen in den Preislagen 5, 6, 8, 10, 12, 15, 20 Pfg.

Bermittler aus allen Kreisen gegen hohe Provision, eventl. Befreiung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

